

Antrag G02.001.1: Änderungsantrag zu G02

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 1. Der Parteivorstand wird beauftragt, ~~in Zusammenhang mit der Friedenskooperative-~~
- 2 ~~und der Friedens- und Zukunftswerkstatt~~ einen Konvent zu ~~veranstalten~~ initiieren und zu
- 3 unterstützen, um einen
- 4 steten Austausch mit sozialen, friedensbewegten und ökologischen Bewegungen zu etablieren

Begründung

Die Friedens- und Zukunftswerkstatt und die Friedenskooperative sind nur zwei von möglichen Initiativen, die an einem solchen Konvent beteiligt werden können. Die Friedensbewegung in Deutschland wirkt überaltert und ist sich auch in der Frage des Ukraine-Krieges in einigen Punkten uneins. Um eine Erneuerung der Bewegung zu fördern, sollte man sich von Beginn an breiter aufstellen. Wenn das Ziel ist, soziale Bewegung, Friedens- und ökologische Bewegung zu verbinden, müssen deutlich mehr als die benannten Akteure eingebunden werden.

Erfahrungsgemäß ist bei Konferenzen, die von der Partei veranstaltet werden, das Risiko, dass man "unter sich" bleibt, relativ groß. Wirklich breiten Austausch zwischen verschiedenen Bewegungen und Partei und Bewegungen erreicht man eher, wenn auch die Vorbereitung für einen Konvent von Beginn an auf breite Füße gestellt wird. Dazu müsste aber vorher geklärt werden, welche Rolle die Partei dann in der Vorbereitung spielen kann und sollte und ob ein solcher Konvent nicht sinnvollerweise eher von der RLS vorbereitet werden könnte.

Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Aktionstag für eine bundesweit mobilisierende Demonstration vor dem Bundestag in Berlin vorzubereiten und aufzurufen. Der Parteivorstand erklärt sich bereit, die Durchführung der Demonstration finanziell, mobilitätstechnisch und personell zu unterstützen.

Hier empfiehlt sich, gemeinsam mit dem Bereich Kampagnen abzustimmen, ob eine bundesweite Demo durchführbar ist, und ob es ggf. Sinn macht, diesen Vorschlag um weitere Kampagnenmerkmale zu ergänzen

Antrag G03.019.1: Änderungsantrag zu G03

Änderungsantrag zu G03

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 19

- 18 • Folgewirkungen des Lockdowns auf den Zusammenhalt der Gesellschaft mit ihren
- 19 grundgesetzlich verankerten Werten sind festzustellen
 - Die Auswirkung des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf Gesundheit und das

Gesundheitswesen, die Aufklärung über ihr gesundheitliches Gefährdungspotenzial und Gegenentwürfe

Begründung

Die Entwicklung und Verbreitung von Krankheitserregern ist nicht losgelöst von der Klimakatastrophe und der Zerstörung von Biodiversität und Lebensräumen zu betrachten. Die Veränderung von Klimazonen bringt Krankheitserreger an Orte, wo sie bisher nicht präsent waren. Die Zerstörung von Lebensräumen zwingt Erreger zur Anpassung und erleichtert die Kontakte zwischen verschiedenen Spezies, so dass Erreger sich auch Menschen als neue Wirte suchen.

Auch Hitzeereignisse sind tödlich und belasten vulnerable Gruppen. Vorbelastete Menschen werden durch die steigende Hitze in ihrer Mobilität behindert und sterben vorzeitig. Gerade im globalen Süden drohen höhere Sterblichkeiten durch Hitze und Lebensräume werden zunehmend unbewohnbar. Auch in Europa ist mit schweren Auswirkungen zu rechnen. Das Agrarsystem zerstört systematisch die medizinische Wirksamkeit von Antibiotika durch Mißbrauch von Medikamenten zur Ertragssteigerung etc. Eine vorsorgende Gesundheitsvorsorge, muss die umwelt- und klimapolitischen Entwicklungen aktiv einbeziehen - linke Politik muss diese aufzeigen und skandalisieren. Konzepte, wie auf diese Auswirkungen des Anthropozäns reagiert werden kann, sind dringend auf die Tagesordnung zu nehmen und auch präventiv zu beantworten.

Antrag G04.027.1: Änderungsantrag zu G04

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27 - 34

26 4. DIE LINKE wird sich in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, für ein
27 Nein im Bundesrat zu der vorgesehenen Grundgesetzänderung einsetzen. ~~Eine Enthaltung~~
28 ~~in dieser Frage reicht nicht aus. In der Frage von Krieg und Frieden hat DIE LINKE~~
29 ~~eine eindeutige Haltung, da gibt es nichts zu enthalten.~~
30 ~~An einer Regierung, die der Grundgesetzänderung nicht widersprochen hat, wird sich~~
31 ~~DIE LINKE nicht länger beteiligen. DIE LINKE wird solche Koalitionen in diesem Fall~~
32 ~~aufkündigen. An Verhandlungen zu künftigen Regierungen wird sich DIE LINKE nur~~
33 ~~beteiligen, wenn diese Sondierungen die Rücknahme der Grundgesetzänderung und des~~
34 ~~damit verbundenen Aufrüstungsprogramms als vorrangige Aufgabe verfolgen.~~

Begründung

In Landesregierungen geht es primär um Landespolitik, das sind keine Koalitionen für die Bundespolitik. Die übliche Regelung in Landeskoalitionen ist, dass im Bundesrat bei Uneinigkeit der Partner Enthaltung gestimmt wird. Bei einer Grundgesetz-Änderung und anderen Gesetzen, die eine Zustimmung des Bundesrates erfordern, wirkt eine Enthaltung wie ein Nein. Mehr kann nicht sinnvoll verlangt werden.

Antrag G04.034.1: Änderungsantrag zu G04

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34

26 4. DIE LINKE wird sich in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, für ein
27 Nein im Bundesrat zu der vorgesehenen Grundgesetzänderung einsetzen. Eine Enthaltung
28 in dieser Frage reicht nicht aus. In der Frage von Krieg und Frieden hat DIE LINKE
29 eine eindeutige Haltung, da gibt es nichts zu enthalten.
30 An einer Regierung, die der Grundgesetzänderung nicht widersprochen hat, wird sich
31 DIE LINKE nicht länger beteiligen. DIE LINKE wird solche Koalitionen in diesem Fall
32 aufkündigen. An Verhandlungen zu künftigen Regierungen wird sich DIE LINKE nur
33 beteiligen, wenn diese Sondierungen die Rücknahme der Grundgesetzänderung und des
34 damit verbundenen Aufrüstungsprogramms als vorrangige Aufgabe verfolgen.

5. DIE LINKE erkennt hingegen an, dass wir uns mit der Klimakatastrophe und dem Artensterben tatsächlich in einer Zeitenwende befinden, die aber eine andere ist, als uns die Ampel-Regierung weiß machen möchte. Aufrüstung, Kriegsgerät und Eskalation sind keine Antwort auf die Menschheitskrisen und führen die Menschheit weiter in eine Richtung, die ihre Existenz gefährdet. Die Regierung betreibt Unsicherheitspolitik, der sich DIE LINKE entgegenstellt. Die Lösung dieser Gefahren ist nur durch Kooperation, Abrüstung, Deeskalation, ohne imperialistische Politik und in Frieden möglich.

Begründung

Schon ohne Krieg ist das Militär durch extremen Ressourcenverbrauch und die Zerstörung von Lebensräumen ein relevanter Faktor für den Klimawandel. Allein ein Panzer verbraucht mehr als 200 Liter Diesel auf 100 km, vor allem raubt Rüstung einer nachhaltigen Entwicklung alle notwendigen Ressourcen.

Alle verfügbaren Kräfte müssten seit Jahren auf dem sozialökologischen Wandel, liegen, um der Menschheit ein Überleben zu ermöglichen, stattdessen werden sie jetzt in tödliche Rüstung investiert.

Wir stellen uns der Uminterpretation einer "Zeitenwende" durch die Regierung entgegen.

Antrag G06.066.1: Änderungsantrag zu G06

Änderungsantrag zu G06

Antragsteller*in:

Hanna Wanke (Bayern · Nr. 230)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66

64 Wir kämpfen für die Erfüllung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte und Befreier
65 vom 2. August 1945 heute: Denazifizierung durch Verbot der NPD, Abschaffung des
66 Verfassungsschutzes und konsequente Aufklärung der Morde des NSU, in Halle und in Hanau!
67 Demilitarisierung durch konsequente Abrüstung, Rüstungsexporte stoppen und Diplomatie
68 befördern statt Aufrüstung und Völkerhass. Demonopolisierung für die demokratische
69 Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wie überhaupt die Demokratisierung aller
70 gesellschaftlichen Bereiche zur solidarischen Teilhabe aller! Wir wirken insbesondere
71 für die (Wieder-)Herstellung aller Grundrechte und die Ausweitung auf den
72 Sozialbereich, inklusive der Wiederherstellung des Asylrechts.

Begründung

In einem Antrag, in dem es um die konsequente Aufarbeitung des deutschen Faschismus geht, sollte auch der antisemitische Terroranschlag von Halle im Jahr 2019 in der Liste der aufzuarbeitenden Morde vorzufinden sein.

Antrag G07.001.1: Änderungsantrag zu G07

Änderungsantrag zu G07

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 10

- 1 DIE LINKE fordert, zuletzt in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021, ~~dass die~~
2 die Entfernungspauschale für den Weg zum Arbeitsstätte durch ein Mobilitätsgeld ~~ersetzt~~
3 wird zu ersetzen. Diese soll ~~pro Entfernungskilometer allen Beschäftigten unabhängig von ihrem~~
4 ~~Einkommen den gleichen Geldbetrag erstatten. Das Mobilitätsgeld soll wie die~~
5 ~~Entfernungspauschale unabhängig davon sein, ob der Weg zu Fuß, per Fahrrad, Motorrad,~~
6 ~~Auto oder ÖPNV zurückgelegt wird. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen, die keine~~
7 ~~oder so wenig Einkommensteuer zahlen, dass eine Verrechnung mit der Einkommensteuer~~
8 ~~nicht möglich ist, soll das Mobilitätsgeld als Zuschuss ausgezahlt werden. Eine~~
9 ~~Umstellung der bisherigen Entfernungspauschale entspräche einem Mobilitätsgeld von 13~~ zehn
10 Cent pro Entfernungskilometer, betragen und allen Beschäftigten unabhängig von ihrem
Einkommen den gleichen Geldbetrag erstatten. Das Mobilitätsgeld soll wie die
Entfernungspauschale unabhängig davon sein, ob der Weg zu Fuß, per Fahrrad, Motorrad, Auto
oder ÖPNV zurückgelegt wird. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen, die keine oder so wenig
Einkommensteuer zahlen, dass eine Verrechnung mit der Einkommensteuer nicht möglich ist, soll
das Mobilitätsgeld als Zuschuss ausgezahlt werden.

Begründung

Die Forderung zum Mobilitätsgeld wurde innerhalb der Bundestagsfraktion entwickelt. Als Anpassung an die gestiegenen Energiekosten fordert die Bundestagsfraktion ein Mobilitätsgeld in Höhe von 10 Cent und nicht von 13 Cent. Ein Mobilitätsgeld von 13 Cent würde mehrere Milliarden zusätzliche Steuermittel binden.